

No. 36122

**Chile
and
Germany**

Treaty between the Republic of Chile and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments (with protocol and protocol of corrections of 14 April 1997). Santiago, 21 October 1991

Entry into force: *8 May 1999 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 12*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Chile, 10 September 1999*

**Chili
et
Allemagne**

Traité entre la République du Chili et la République fédérale d'Allemagne pour la promotion et la protection réciproque des investissements (avec protocole et protocole de corrections du 14 avril 1997). Santiago, 21 octobre 1991

Entrée en vigueur : *8 mai 1999 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 12*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Chili, 10 septembre 1999*

[GERMAN TEXT -- TEXTE ALLEMAND]

Vertrag
zwischen
der Republik Chile
und
der Bundesrepublik Deutschland
über
die Förderung und den gegenseitigen Schutz von
Kapitalanlagen

Die Republik Chile
und
die Bundesrepublik Deutschland -

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten durch zunehmende gegenseitige Kapitalanlagen zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff "Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte,

b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften,

c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben,

d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill,

e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff "Erträge" diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff "Staatsangehörige"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

b) in bezug auf die Republik Chile: Chilenen im Sinne der Verfassung der Republik Chile;

4. bezeichnet der Begriff "Gesellschaften"

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im deutschen Hoheitsgebiet hat und gemäß den deutschen Rechtsvorschriften besteht, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

b) in bezug auf die Republik Chile:

jede juristische Person, die in der Republik Chile in Übereinstimmung mit der dortigen Gesetzgebung begründet ist und im chilenischen Hoheitsgebiet ihren Sitz hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche Maßnahmen oder eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung beeinträchtigen.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Länder wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Diese Maßnahmen müssen aufgrund eines Gesetzes erfolgen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbarer Maßnahmen und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolutionen, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage,
- b) der Erträge,
- c) zur Rückzahlung von Darlehen,
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage,
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den

Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesen Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien nach einer angemessenen Frist einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer gerichtlichen Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen gemäß diesem Vertrag zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer dieser beiden Parteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Gebiet die Investition getätigt wurde, zu unterbreiten.

(3) Auf Verlangen einer Streitpartei wird die Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet

a) wenn binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gemäß Absatz 2 eine Sachentscheidung des angerufenen Gerichts nicht vorliegt,

oder

b) wenn eine derartige Entscheidung vorliegt, aber eine der Streitparteien der Auffassung ist, daß diese gegen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages verstößt; das Schiedsverfahren ist innerhalb eines Jahres nach Zustellung der schriftlichen Entscheidung einzuleiten.

(4) Das Recht der Streitparteien, den Streitfall einvernehmlich einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, wird von den Bestimmungen der Absätze 2 und 3 nicht berührt.

(5) Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbart haben, werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien in den Fällen von Absatz 3 dieses Artikels einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(6) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Parteien geltender Verträge, des nationalen Rechts der vertragsschließenden Partei, in deren Gebiet die Investition belegen ist - einschließlich ihrer Regeln des Internationalen Privatrechts - und der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts.

(7) Der Schiedsspruch ist bindend und wird gemäß innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten

die Artikel 1 bis 11 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des
Außerkräfttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Santiago am 21. Oktober 1991

in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Chile
Enrique Silva Cimma

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Dr. Wiegand Pabsch

Carlos Ominami Pascual

P r o t o k o l l

Bei der Unterzeichnung des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Republik Chile und der Bundesrepublik Deutschland haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

a) Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Kapitalanlagen in der Republik Chile von natürlichen Personen, die Staatsangehörige der anderen Vertragspartei sind, wenn die betreffenden Personen zur Zeit der Vornahme ihrer ursprünglichen Investitionen bereits mehr als fünf Jahre ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Chile hatten, es sei denn, daß ihre Kapitalanlage nachweislich aus dem Ausland eingebracht wurde.

b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Dieser Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.

d) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Geld umfassen Ansprüche aus Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung stehen und nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungsähnliche Darlehen). Hierunter

fallen nicht Kredite von dritter Seite, z.B. Bankkredite zu kommerziellen Bedingungen.

e) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Leistungen umfassen Lieferungen von Erzeugnissen aus Investitionsvorhaben, die insbesondere im Grundstoffbereich im Rahmen von Dienstleistungsverträgen gewonnen werden.

(2) Zu Artikel 3

a) Als "Betätigung" im Sinne des Absatzes 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als "weniger günstige" Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer

Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch sein wirtschaftlicher Wert erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

a) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 5 gewährleistet die Republik Chile das Recht auf die Rückführung der von deutschen Investoren eingebrachten Kapitalanlagen nach Ablauf von drei Jahren seit ihrer Einbringung.

b) Solange das chilenische Programm zur Umwandlung von Auslandschulden noch in Kraft ist, gewährleistet die Republik Chile ferner das Recht auf Rückführung der von deutschen Investoren im Rahmen dieses Programms vorgenommenen Kapitalanlagen nach Ablauf von zehn Jahren seit ihrer Einbringung sowie den Transfer der Erträge nach Ablauf von vier Jahren für die folgenden Jahre. Die Erträge der ersten vier Jahre werden ab dem fünften Jahr in jährlichen Raten von jeweils 25% transferiert. Dies gilt unbeschadet der Möglichkeit, die Herabsetzung dieser Fristen nach den Vorschriften der chilenischen Zentralbank in Anspruch zu nehmen.

c) Als "unverzöglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines vollständig gestellten Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

d) Der Kurs im Sinne des Absatzes 2 soll nicht wesentlich von dem Marktkurs abweichen, der sich aus der Umrechnung des US-Dollar in die Währung der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist, und in die vom Investor gewünschte frei konvertierbare Währung an den offiziellen Märkten der beiden betreffenden Länder für laufende Transaktionen ergibt.

(5) Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt in keinem Falle für Meinungsverschiedenheiten oder Streitfälle über Angelegenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

(6) Bei grenzüberschreitender Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind;

b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Santiago am 21. Oktober 1991

In zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache,
wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für
die Republik Chile
Enrique Silva Cimma

Für die
Bundesrepublik Deutschland
Dr. Wiegand Fabsch

Carlos Ominami Pascual

Änderungs- und Ergänzungsprotokoll
zu dem am 21. Oktober 1991 in Santiago unterzeichneten
Vertrag und Protokoll

zwischen

der Republik Chile

und

der Bundesrepublik Deutschland

über

die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Die Republik Chile
und
die Bundesrepublik Deutschland -

in dem Bewußtsein, daß der am 21. Oktober 1991 in Santiago unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Chile und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und sein Protokoll der Ergänzung und Änderung bedarf -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Der Artikel 10 Absatz 3 des vorgenannten Vertrages wird wie folgt ersetzt:

“(3) Wenn eine Meinungsverschiedenheit bei dem zuständigen Gericht der Vertragspartei anhängig gemacht wurde, auf deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt worden ist, so kann ein internationales Schiedsgericht nur innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Zustellung der Klageerwiderung angerufen werden, oder wenn das zuständige Gericht innerhalb von 18 Monaten seit Zustellung der Klage keine Sachentscheidung getroffen hat. Unbeschadet dessen kann jede der Vertragsparteien eine günstigere Behandlung gewähren.”

Artikel 2

Die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe a wird wie folgt ersetzt:

"a) Ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 5 gewährleistet die Republik Chile das Recht auf die Rückführung der von deutschen Staatsangehörigen oder Gesellschaften eingebrachten Kapitalanlagen nach Ablauf von einem Jahr seit ihrer Einbringung."

Artikel 3

Die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe b entfällt.

Artikel 4

In das Protokoll wird folgende Protokollnotiz zu Artikel 10 eingefügt:

"Zu Artikel 10

Unbeschadet der in Artikel 10 zur Streitschlichtung zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei getroffenen Regelung haben chilenische Staatsangehörige oder Gesellschaften, die im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eine Kapitalanlage tätigen oder getätigt haben, das Recht, jede Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) zu unterbreiten. Dieses Recht kann auch dann ausgeübt werden, wenn sie vorher die Meinungsverschiedenheit den zuständigen Gerichten der

Bundesrepublik Deutschland unterbreitet haben, und zwar auch dann, wenn eine Sachentscheidung vorliegt, soweit der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der Auffassung sind, daß diese Entscheidung die Bestimmungen dieses Vertrages verletzt."

Artikel 5

Dieses Änderungs- und Ergänzungsprotokoll ist integrales Bestandteil des Vertrages zwischen der Republik Chile und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und seinem Protokoll, unterzeichnet am 21. Oktober 1991 in Santiago, und sie werden als ein einheitlicher Vertrag ausgelegt und angewandt.

Geschehen zu Bonn am 14. April 1997, in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Republik Chile

Für die
Bundesrepublik Deutschland

[SPANISH TEXT -- TEXTE ESPAGNOL]

TRATADO
ENTRE
LA REPUBLICA DE CHILE
Y
LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA
SOBRE
FOMENTO Y RECIPROCA PROTECCION DE INVERSIONES

La República de Chile
Y
la República Federal de Alemania,

ANIMADAS del deseo de intensificar la colaboración económica entre ambos Estados a través del incremento de las inversiones recíprocas,

CON EL PROPOSITO de crear condiciones favorables para las inversiones de los nacionales o sociedades de un Estado en el territorio del otro Estado, y

RECONOCIENDO que el fomento y la protección mediante tratado de esas inversiones pueden servir para estimular la iniciativa económica privada e incrementar el bienestar de ambos pueblos,

HAN CONVENIDO EN LO SIGUIENTE:

ARTICULO I

Para los fines del presente Tratado

- 1.- el concepto de "inversiones" comprende toda clase de bienes, en especial:
 - a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás derechos reales, como hipotecas y derechos de prenda;
 - b) participaciones y títulos de otra índole en sociedades;

- c) derechos a fondos empleados para crear un valor económico, o a prestaciones que tengan un valor económico;
- d) derechos de propiedad intelectual, en especial derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, modelos y dibujos industriales, marcas, nombres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos técnicos, know how y derechos de llave;
- e) concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de exploración y explotación;

una modificación en la forma de inversión de los bienes no afecta a su carácter de capital invertido;

- 2. los conceptos de "rentas" o "utilidades" designan aquellas cantidades que corresponden a una inversión por un período determinado, en concepto de participaciones en los beneficios, dividendos, intereses, derechos de licencia o de otra índole;
- 3. el concepto de "nacionales" designa
 - a) con referencia a la República Federal de Alemania: los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
 - b) con referencia a la República de Chile, los chilenos conforme a lo establecido en la Constitución de la República de Chile;
- 4. el concepto de "sociedades" designa
 - a) Con referencia a la República Federal de Alemania: todas las personas jurídicas, así como sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personalidad jurídica que tengan su sede en el territorio alemán y que existan conforme a las disposiciones legales alemanas, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;
 - b) con referencia a la República de Chile: toda persona jurídica constituida en la República de Chile conforme a la legislación chilena que tenga su sede en el territorio chileno, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro;

ARTICULO 2

(1) Cada Parte Contratante, de acuerdo con sus disposiciones legales vigentes, permitirá, dentro de su respectivo territorio, las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, promoviéndolas en lo posible. En todo caso tratará justa y equitativamente las inversiones.

(2) Las inversiones realizadas conforme a las disposiciones legales de una Parte Contratante en el área de aplicación de su ordenamiento jurídico por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante gozarán de la plena protección del presente Tratado.

(3) Una Parte Contratante no perturbará de ninguna manera mediante medidas arbitrarias o un trato desigual injustificado la administración, utilización, uso o aprovechamiento de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

(4) El presente Tratado regirá asimismo en las áreas de la zona económica exclusiva y de la plataforma continental en la medida en que el Derecho Internacional autorice a la Parte Contratante respectiva el ejercicio de derechos de soberanía o jurisdicción en dichas áreas.

ARTICULO 3

(I) Cada Parte Contratante no someterá las inversiones en su territorio que sean propiedad o sean controladas por nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones y sociedades de terceros Estados.

(2) Cada Parte Contratante no someterá a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones en su territorio, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) El trato en cuestión no se refiere a las prerrogativas que una Parte Contratante otorgue a los nacionales o sociedades de terceros Estados en virtud de su pertenencia a una unión aduanera o económica, a un mercado común o una zona de libre comercio, o en virtud de su asociación con las mismas.

(4) El trato otorgado conforme al presente Artículo no se refiere a las ventajas que una Parte Contratante conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados en virtud de un Convenio para evitar la doble imposición u otros acuerdos en materia fiscal.

ARTICULO 4

(1) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante gozarán de plena protección y seguridad en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de nacionales o sociedades de una Parte Contratante no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus repercusiones equivalgan a expropiación o nacionalización, sino en favor del bien común, debiendo en tal caso ser indemnizadas. Estas medidas deberán ser autorizadas por ley. La indemnización deberá responder al valor de la inversión inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación, nacionalización o medida equiparable efectiva o inminente. La indemnización deberá satisfacerse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. A más tardar en el momento de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, deberán haberse tomado en debida forma disposiciones para fijar y satisfacer la indemnización. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y la cuantía de la indemnización deberán ser comprobables en procedimiento judicial ordinario.

(3) Los nacionales o las sociedades de una Parte Contratante que, por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o motín en el territorio de la otra Parte Contratante, sufran pérdidas en sus inversiones no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones, ajustes, indemnizaciones u otros pagos. Estas cantidades serán libremente transferibles.

(4) En lo concerniente a las materias reglamentadas en el presente Artículo, los nacionales o sociedades de una Parte Contratante gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de nación más favorecida.

ARTICULO 5

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión;
- b) de las rentas;
- c) de la amortización de préstamos;
- d) del producto en el caso de liquidación o enajenación total o parcial de la inversión;
- e) de las indemnizaciones previstas en el Artículo 4.

(2) Las transferencias con arreglo al párrafo 2 ó 3 del Artículo 4, al Artículo 5 o al Artículo 6 se efectuarán sin demora, al tipo de cambio vigente.

ARTICULO 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada para una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, ésta, sin perjuicio de los derechos que en virtud del Artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá la subrogación de todos los derechos de estos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal, o por acto jurídico. Además, la otra Parte Contratante reconocerá la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos, los cuales ésta estará autorizada a ejercer en la misma medida que su anterior titular. Para la transferencia de los pagos que deban realizarse en virtud de los derechos subrogados regirán *mutatis mutandis* los párrafos 2 y 3 del Artículo 4 y el Artículo 5.

ARTICULO 7

(1) Si de las disposiciones legales de una Parte Contratante o de obligaciones emanadas del Derecho Internacional aparte del presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído respecto a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

ARTICULO 8

El presente Tratado se aplicará también a las inversiones efectuadas antes de la entrada en vigor del mismo por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las disposiciones legales de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última.

ARTICULO 9

(1) Las divergencias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas amigablemente por los Gobiernos de las dos Partes Contratantes.

(2) Si la divergencia no pudiera ser dirimida, será sometida, una vez transcurrido un plazo adecuado, a un tribunal arbitral a petición de una de las dos Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc, cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se

pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una Parte Contratante haya comunicado a la otra que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En el caso de que el Presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones son obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si ambas Partes Contratantes se hubieren adherido al Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados, de 18 de marzo de 1965, no se podrá en atención a la disposición del párrafo 1 del Artículo 27 de dicho Convenio, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando entre el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante se haya llegado a un acuerdo conforme al Artículo 25 del Convenio. No quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión judicial del tribunal arbitral del mencionado Convenio (Artículo 27), o en el caso de subrogación por disposición legal o por acto jurídico, conforme al Artículo 6 del presente Tratado.

ARTICULO 10

(1) Las divergencias que surgieron entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con una inversión conforme al presente Tratado deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas por los litigantes.

(2) Si una divergencia en el sentido del párrafo primero no pudiera ser dirimida en el plazo de seis meses a partir del momento de la reclamación por uno de los dos litigantes, será sometida a instancia de una de las partes litigantes a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se efectuó la inversión.

(3) A instancia de una de las partes litigantes la divergencia será sometida a un Tribunal arbitral internacional:

a) cuando no exista una decisión sobre el fondo después de transcurridos dieciocho meses contados a partir de la iniciación del proceso judicial previsto por el párrafo segundo del presente Artículo

o

b) cuando, existiendo tal decisión, una de las partes litigantes entienda que la misma infringe las disposiciones del presente Tratado; el procedimiento arbitral deberá iniciarse dentro del plazo de un año, contado a partir de la notificación de la resolución por escrito.

(4) Lo dispuesto en los párrafos 2 y 3 no afecta al derecho de las Partes en controversia de someter de común acuerdo la divergencia a un tribunal arbitral internacional.

(5) En los casos previstos por los párrafos 3 y 4 del presente Artículo, las divergencias entre las partes litigantes se someterán, cuando no hubiesen acordado otra cosa, a un procedimiento arbitral en el marco del "Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados" de 18 de marzo de 1965.

(6) El Tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado, y de los principios generales del Derecho Internacional.

(7) El laudo arbitral será obligatorio y cada Parte lo ejecutará de acuerdo con su legislación interna.

ARTICULO 11

El presente Tratado será aplicable independientemente de que existan o no relaciones diplomáticas o consulares entre ambas Partes Contratantes.

ARTICULO 12

(1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados lo antes posible en Bonn.

(2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su vigencia será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que fuera denunciado por escrito por una de las Partes Contratantes doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento con un preaviso de doce meses.

(3) Para las inversiones realizadas hasta el momento de la expiración del presente Tratado, las disposiciones de los Artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los veinte años subsiguientes a la fecha en que haya expirado la vigencia del presente Tratado.

HECHO en Santiago, a los veintiún días del mes de octubre de 1991 en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR LA
REPUBLICA DE CHILE
ENRIQUE SILVA CIMMA

POR LA
REPUBLICA FEDERAL DE
ALEMANIA
DR. WIEGAND PABSCH

CARLOS OMINAMI PASCUAL

PROTOCOLO

En el acto de la firma del Tratado sobre fomento y recíproca protección de inversiones entre la República de Chile y la República Federal de Alemania, los infrascritos plenipotenciarios han adoptado además los siguientes acuerdos, que se considerarán como parte integrante del Tratado:

(1) Ad Artículo 1

- a) El presente Tratado no se aplicará a las inversiones realizadas en la República de Chile por personas naturales que sean nacionales de la otra Parte Contratante si tales personas, a la fecha de la inversión inicial, han tenido su domicilio permanente desde hace más de 5 años en la República de Chile, salvo cuando se pruebe que las inversiones provienen del extranjero.
- b) Las rentas de una inversión, y en el caso de su reinversión también las rentas de ésta, gozarán de igual protección que la inversión misma.
- c) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por la autoridad competente de la respectiva Parte Contratante. El presente Tratado no se aplicará a los inversionistas que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.
- d) Los derechos a fondos mencionados en el párrafo 1, letra c), comprenden derechos de préstamos relacionados con una participación y que tengan por su causa y cuantía el carácter de una participación (préstamos con carácter de participación). Sin embargo, no comprenden créditos de terceros, como por ejemplo créditos bancarios con condiciones comerciales.
- e) Los derechos a prestaciones mencionados en el párrafo 1, letra c), comprenden suministros de productos derivados de proyectos de inversión que hayan sido obtenidos en el marco de contratos de servicios, especialmente en el sector de las materias primas.

(2) Ad-Artículo 3

- a) Por "actividades" en el sentido del párrafo 2 se entenderán en especial pero no exclusivamente la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerará especialmente como trato menos favorable" en el sentido del Artículo 3: la limitación en la adquisición de materias primas e insumos auxiliares, energía y combustibles, así como cualesquiera medios de producción y de explotación, la obstaculización de la venta de productos en el interior del país y en el extranjero, y toda medida de efectos análogos. Las medidas que haya que adoptar por razones de seguridad y de orden público, de salud pública o de moralidad, no se considerarán como trato "menos favorable" en el sentido del Artículo 3.
- b) Las disposiciones del Artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender a personas naturales y sociedades domiciliadas en el territorio de la otra Parte Contratante las ventajas, exenciones y bonificaciones fiscales que conforme a las leyes fiscales únicamente se conceden a personas naturales y sociedades domiciliadas en su territorio.
- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante en relación con una inversión; la misma norma regirá para los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(3) Ad-Artículo-4

El derecho a indemnización existirá también en caso de que se intervenga mediante medidas estatales en la empresa a objeto de la inversión y de ello resulte un perjuicio considerable para su valor económico.

(4) Ad-Artículo 5

- a) Sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 5, la República de Chile garantizará el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por inversionistas alemanes una vez transcurridos tres años desde que se hayan efectuado.
- b) Mientras siga en vigor el Programa chileno para la conversión de la deuda externa, la República de Chile garantizará además el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por inversionistas alemanes en el marco de dicho Programa una vez transcurridos diez años desde que se hayan efectuado, así como la transferencia de rentas una vez transcurridos cuatro años para los años sucesivos. Las rentas de los cuatro primeros años se transferirán a partir del quinto año en cuotas anuales del 25% cada una. Lo anterior rige sin perjuicio de la opción por acogerse a la reducción de estos plazos conforme a la normativa establecida por el Banco Central de Chile.
- c) Se considera como realizada "sin demora" una transferencia en el sentido del párrafo 2 del Artículo 5, cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de entrega de la correspondiente solicitud debidamente presentada.
- d) El tipo de cambio en el sentido del párrafo 2 no deberá apartarse esencialmente del valor de mercado que resulte de la conversión del dólar de los Estados Unidos de América en la moneda de la Parte Contratante en cuyo territorio se sitúe la inversión y en la moneda de libre convertibilidad deseada por el inversionista en los mercados oficiales de los respectivos países para transacciones corrientes.

(5) Ad Artículo 8

El presente Tratado no será en ningún caso aplicable a divergencias o controversias sobre hechos anteriores a su entrada en vigor.

- (6) Respecto a los transportes internacionales de mercancías y personas en relación con una inversión, las Partes Contratantes no excluirán ni impedirán a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederán autorizaciones para la realización de los transportes.

Quedan comprendidos en la cláusula precedente los transportes de

- a) mercancías destinadas directamente a la inversión en el sentido del presente Tratado, o adquiridas en el territorio de una Parte Contratante o de un tercer Estado por una empresa, o por encargo de una empresa en la que se haya invertido en el sentido del presente Tratado.
- b) personas que viajen en relación con inversiones.

HECHO en Santiago, a los veintiún días del mes de octubre de 1991, en dos ejemplares, en alemán y español cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR LA
REPUBLICA DE CHILE
ALEMANIA
ENRIQUE SILVA CIMMA

POR LA
REPUBLICA FEDERAL DE
DR. WIEGAND PABSCH

CARLOS OMINAMI PASCUAL

PROTOCOLO DE ENMIENDA Y SUPLEMENTO REFERENTE AL TRATADO ENTRE
LA REPUBLICA DE CHILE Y LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA SOBRE
FOMENTO Y RECIPROCA PROTECCION DE INVERSIONES Y SU PROTOCOLO,
FIRMADOS EN SANTIAGO EL 21 DE OCTUBRE DE 1991.

LA REPUBLICA DE CHILE
Y LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA,

CONSCIENTES de que el Tratado entre la República de Chile y la República Federal de Alemania sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones y su Protocolo, firmados en Santiago el 21 de octubre de 1991 requiere enmiendas y suplementos, han convenido lo siguiente:

ARTICULO 1

El párrafo 3 del Artículo 10 del mencionado Tratado será reemplazado por el siguiente:

"Si se ha remitido la divergencia al tribunal competente de la Parte Contratante. en cuyo territorio se efectuó la inversión, sólo se podrá recurrir a un tribunal arbitral internacional dentro de un plazo de 30 días, contado desde la fecha en que se haya notificado la contestación de la demanda, o si el tribunal competente no ha tomado una decisión sobre el fondo en un plazo de dieciocho meses contado desde la fecha de notificación de la demanda. No obstante, cada Parte Contratante podrá ofrecer un trato más favorable."

ARTICULO 2

El Protocolo ad. Artículo 5 a) será reemplazado por el siguiente:

"Sin perjuicio de lo establecido en el Artículo 5, la República de Chile garantizará el derecho de repatriación de las inversiones realizadas por nacionales o sociedades alemanas una vez transcurrido un año desde que se hayan efectuado."

ARTICULO 3

El Protocolo ad. Artículo 5 b) queda suprimido.

ARTICULO 4

En el Protocolo se incluirá el siguiente Addendum al artículo 10 del Tratado:

"ad. Artículo 10

Sin perjuicio de las disposiciones del Artículo 10 destinadas a dirimir litigios entre una Parte Contratante y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante, nacionales o sociedades chilenos que efectúen o hayan efectuado inversiones en el territorio de la República Federal de Alemania tendrán el derecho de someter cualquier divergencia a un Tribunal Arbitral en el marco del Convenio sobre Arreglo de Diferencias Relativas a Inversiones entre Estados y Nacionales de Otros Estados (ICSID) de 18 de marzo de 1965. Este derecho podrá ejercerse también si los nacionales o sociedades han sometido previamente las divergencias a los tribunales competentes de la República Federal de Alemania, y aún cuando exista una decisión sobre el fondo, en tanto el nacional o la sociedad consideren que dicha decisión vulnera las disposiciones de este Tratado."

ARTICULO 5

El presente Protocolo de Enmienda y Suplemento constituye parte integrante del Tratado entre la República de Chile y la República Federal de Alemania sobre Fomento y Recíproca Protección de Inversiones y su Protocolo, firmados en Santiago el 21 de octubre de 1991 y serán interpretados y aplicados como un solo instrumento.

HECHO en Bonn, el 14 de abril de 1997 en dos ejemplares, en español y alemán cada uno, siendo ambos textos igualmente auténticos.

POR LA REPUBLICA DE
FEDERAL
CHILE

POR LA REPUBLICA
ALEMANIA

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE REPUBLIC OF CHILE AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Chile and the Federal Republic of Germany,
Desiring to intensify economic cooperation between the two States,
Seeking to create favourable conditions for investments by nationals and companies of one State in the territory of the other State, and
Recognizing that the promotion of such investments and their protection by means of a treaty could stimulate private enterprise and enhance the well-being of both peoples,
Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty:

1. The term "investments" shall include all types of assets, in particular:
 - (a) Ownership of movable and immovable property and other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
 - (b) Stocks in companies and other forms of participation in companies;
 - (c) Claims to money which has been used to create an economic value or to benefits having an economic value;
 - (d) Intellectual property rights, in particular, copyrights, patents, utility models, industrial designs and models, trade marks and trade names, industrial and commercial secrets, technical processes, know-how and goodwill;
 - (e) Business concessions under public law, including concessions to prospect for, extract and exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as invested capital.

2. The term "income" or "profits" shall mean the amounts yielded by an investment for a given period, such as profit sharing, dividends, interest and licence or other fees.

3. The term "nationals" shall mean:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany:

 Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

- (b) In respect of the Republic of Chile:

 Chileans within the Constitution of Chile.

4. The term "companies" shall mean:

- (a) In respect of the Federal Republic of Germany: any legal entity, as well as any commercial or other company or association, with or without legal personality, having its

principal place of business in German territory and established in accordance with German legislation, whether or not its activities are for profit;

(b) In respect of the Republic of Chile: any legal entity constituted in the Republic of Chile in accordance with Chilean legislation and having its principal place of business in Chilean territory, whether or not its activities are for profit.

Article 2

1. Each Contracting Party shall promote investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory, to the extent possible, and shall admit such investments in accordance with its legal provisions. In any case, it shall accord fair and equitable treatment to investments.

2. Investments made in accordance with the legal provisions of one Contracting Party and within its jurisdiction by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy full protection under this Treaty.

3. Neither Contracting Party shall in any way impede the management, utilization, use or enjoyment of the investments of nationals or companies of the other Contracting Party in its territory through arbitrary measures or unjustified unequal treatment.

4. This Treaty shall also apply in areas of the exclusive economic zone and the continental shelf to the extent that international law authorizes the Contracting Party concerned to exercise rights of sovereignty or jurisdiction in such areas.

Article 3

1. Neither Contracting Party shall subject investments in its territory belonging to or under the control of nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than that accorded to investments of its own nationals or companies or investments of nationals or companies of third States.

2. Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activities in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than that accorded to its own nationals or companies or to nationals or companies of third States.

3. Such treatment shall not include privileges which may be extended by either Contracting Party to nationals or companies of third States on account of its membership in a customs or economic union, common market or free trade area or its association with such groupings.

4. The treatment under this article shall not include privileges accorded by a Contracting Party to nationals or companies of third States by virtue of an agreement for the avoidance of double taxation or other tax agreements.

Article 4

1. Investments by nationals or companies of one Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

2. Investments by nationals or companies of one Contracting Party in the territory of the other Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be comparable to expropriation or nationalization, except for reasons of public interest and against compensation. Such measures must be authorized by law. The compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the effective or impending expropriation, nationalization or comparable measure became public knowledge. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the date of payment; it shall be readily convertible and freely transferable. At the latest, by the time of the expropriation, nationalization or comparable measure, the necessary steps shall have been taken to determine and pay the compensation. The legality of the expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review in an ordinary judicial proceeding.

3. Nationals or companies of one Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, state of national emergency or insurrection shall be accorded by that Contracting Party treatment no less favourable than that accorded to its own nationals or companies as regards restitution, settlement, compensation or other payments. Such payments shall be freely transferable.

4. Nationals or companies of one Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters regulated in this article.

Article 5

1. Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Capital and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Income;
- (c) Repayment of loans;
- (d) Proceeds of the liquidation or transfer of all or part of the investment;
- (e) The compensation provided for in article 4.

2. Transfers made in accordance with article 4, paragraphs 2 and 3, article 5 and article 6 shall be effected without delay at the exchange rate in force.

Article 6

If one Contracting Party makes payments to its nationals or companies under a guarantee granted for an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 9, recognize the transfer, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of all rights of such nationals or companies to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party in respect of all such rights (transferred rights), which it shall be authorized to exercise to the

same extent as its predecessor in title. For the transfer of payments by virtue of the transferred rights, article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

1. If the legislation of one Contracting Party or obligations under international law currently existing or to be established between the Contracting Parties, other than this Treaty, contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than that provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, take precedence over this Treaty.

2. Each Contracting Party shall observe any other obligation that it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 8

This Treaty shall also apply to investments made prior to its entry into force by nationals or companies of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the laws and regulations of the latter Party.

Article 9

1. Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Treaty shall, as far as possible, be settled amicably by the Governments of the two Contracting Parties.

2. If the dispute cannot be settled, it shall, at the request of either Contracting Party once a reasonable period of time has elapsed, be submitted to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be established on an *ad hoc* basis. Each Contracting Party shall appoint one member and the two members shall, by agreement, designate a national of a third State as Chairman, who shall be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the Chairman within three months after one Contracting Party has informed the other Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal.

4. If the time-limits set out in paragraph 3 are not observed and in the absence of any other agreement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of one of the Contracting Parties or is otherwise prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is also a national of one of the Contracting Parties or is also prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party.

5. The arbitral tribunal shall take its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own arbitrator and the

costs of its representation in the arbitral proceedings. The costs of the Chairman and the other remaining costs shall be borne equally by the two Contracting Parties. The arbitral tribunal may adopt a different arrangement with regard to costs. In all other respects, the tribunal shall determine its own procedures.

6. If both Contracting Parties are also parties to the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965, recourse may not be had to the arbitral tribunal provided for above, in view of the provisions of article 27, paragraph 1, of the Convention, when an agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. The possibility of recourse to the above arbitral tribunal shall not be affected in the case of non-compliance with a judicial decision of the arbitral tribunal established under the Convention (article 27) or in the case of a transfer under a law or pursuant to a legal transaction in accordance with article 6 of this Treaty.

Article 10

1. Disputes between one Contracting Party and nationals or companies of the other Contracting Party relating to an investment in conformity with this Treaty shall, as far as possible, be settled amicably by the parties to the dispute.

2. If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months from the date on which one of the parties to the dispute submitted a claim, it shall, at the request of one of those parties, be submitted to the competent courts of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

3. At the request of one of the parties concerned, the dispute shall be submitted to an international arbitral tribunal:

(a) If within 18 months from the institution of judicial proceedings under paragraph 2 of this article, there has been no ruling on the merits; or

(b) If, even such a ruling exists, one of the parties to the dispute considers that it violates the provisions of this Treaty, in which case arbitral proceedings shall begin within one year from written notification of the award.

4. The provisions of paragraphs 2 and 3 shall not affect the right of the parties to the dispute to submit it to an international arbitral tribunal by mutual agreement.

5. In the cases provided for in paragraphs 3 and 4 of this article, the dispute between the parties concerned shall, unless they have agreed otherwise, be submitted to arbitral proceedings under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965.

6. The arbitral tribunal shall issue its ruling on the basis of this Treaty, and, where appropriate, of other treaties between the Parties, the domestic laws of the Contracting Party whose territory in which the investment was made, including its rules of private international law, and the general principles of international law.

7. The arbitral award shall be binding and each Party shall enforce it in accordance with its domestic law.

Article 11

This Treaty shall apply regardless of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 12

1. This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Bonn.

2. This Treaty shall enter into force one month after the date of the exchange of instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall be renewed thereafter for an indefinite period unless one of the Contracting Parties denounces it in writing 12 months before its expiry. After ten years, the Treaty may be denounced at any time by giving 12 months' advance notice.

3. For investments made prior to the expiry of this Treaty, the provisions of articles 1 to 11 shall remain in force for 20 years from the date on which the validity of the Treaty expired.

Done at Santiago on 21 October 1991, in two copies, each in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Chile:

ENRIQUE SILVA CIMMA

CARLOS OMINAMI PASCUAL

For the Federal Republic of Germany:

WIEGAND PABSCH

PROTOCOL

In signing the Treaty between the Republic of Chile and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments, the undersigned plenipotentiaries have also adopted the following additional provisions, which shall be deemed an integral part of the Treaty:

I. Ad article 1

(a) This Treaty shall not apply to investments made in the Republic of Chile by individuals who are nationals of the other Contracting Party, if such individuals, on the date of the initial investment, have been permanently domiciled in the Republic of Chile for over five years, unless it is proved that the investments come from abroad;

(b) Income from an investment and, in the event of its reinvestment, income therefrom shall enjoy the same protection as the investment itself;

(c) Without prejudice to other procedures for determining nationality, any person in possession of a national passport issued by the competent authority of one Contracting Party shall, in particular, be deemed to be a national of that Party. This Treaty shall not apply to investors who are nationals of both Contracting Parties;

(d) The claims to money referred to in paragraph 1 (c) shall include claims arising from loans related to an investment which, by virtue of their purpose and amount, have the nature of an investment (investment loans). However, they shall not include third party loans such as bank loans at market rates;

(e) The claims to benefits referred to in paragraph 1 (c) shall include supplies of products derived from investment projects and obtained under service contracts, particularly in the raw materials sector.

2. Ad article 3

(a) The following in particular, although not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of paragraph 2: the management, utilization, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed treatment "less favourable" within the meaning of article 3: restrictions on the purchase of raw materials and other inputs, energy and fuel, as well as on all kinds of production and operation; obstacles to the sale of products within and outside the country; and any measure with similar effects. Measures taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed "less favourable" treatment within the meaning of article 3;

(b) The provisions of article 3 shall not require a Contracting Party to extend to individuals and companies resident in the territory of the other Contracting Party the tax privileges, exemptions and relief accorded under its tax laws only to individuals and companies resident in its territory;

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their domestic legislation, give favourable consideration to applications for entry and stay by persons of one Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting Party; the same rule shall apply to wage-earners of one Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter and stay in the territory of the other Con-

tracting Party to carry on their activity as wage-earners. Applications for work permits shall also be given favourable consideration.

3. Ad article 4

A right to compensation shall also exist when State measures are taken against the company in which the investment was made and the company's economic situation is severely impaired as a result.

4. Ad article 5

(a) Without prejudice to the provisions of article 5, the Republic of Chile shall guarantee the right to repatriate investments made by German investors once three years have elapsed since they were made;

(b) While the Chilean external debt conversion programme remains in force, the Republic of Chile shall also guarantee the right to repatriate investments made by German investors under that programme once 10 years have elapsed since they were made and, once four years have elapsed, to transfer income for subsequent years. Income for the first four years shall be transferred from the fifth year onwards, in annual instalments of 25 per cent. The foregoing shall apply without prejudice to the possibility of having these periods reduced in accordance with the rules established by the Central Bank of Chile;

(c) A transfer shall be deemed to have been made "without delay" within the meaning of article 5, paragraph 2, if it is effected within the period normally required for the completion of transfer formalities. Such period shall commence with the submission of the relevant request and may in no circumstances exceed two months;

(d) The exchange rate within the meaning of paragraph 2 shall not differ substantially from the market value resulting from the conversion of the United States dollar to the currency of the Contracting Party in whose territory the investment was made and to the freely convertible currency desired by the investor on the official markets of the two countries for current transactions.

5. Ad article 8

This Treaty shall in no circumstances apply to disputes concerning events that occurred prior to its entry into force.

6. In respect of the international transport of goods or persons in connection with an investment, each Contracting Party shall neither exclude nor hinder the transport companies of the other Contracting Party and shall, where necessary, issue transport permits.

The preceding paragraph shall include transport of the following:

(a) Goods intended directly for an investment within the meaning of the Treaty or acquired in the territory of one of the Contracting Parties or a third State by a company or by order of a company in which an investment has been made within the meaning of the Treaty;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

Done at Santiago on 21 October 1991, in two copies, each in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Chile:
ENRIQUE SILVA CIMMA
CARLOS OMINAMI PASCUAL

For the Federal Republic of Germany:
WIEGAND PABSCH

PROTOCOL AMENDING AND SUPPLEMENTING THE TREATY AND PROTOCOL BETWEEN THE REPUBLIC OF CHILE AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS, SIGNED AT SANTIAGO ON 21 OCTOBER 1991

The Republic of Chile and the Federal Republic of Germany,

Aware that the Treaty between the Republic of Chile and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments, and the Protocol thereto, signed at Santiago on 21 October 1991, need to be amended and supplemented, have agreed as follows:

Article 1

Article 10, paragraph 3, of the Treaty shall be replaced by the following:

"If the dispute has been submitted to the competent court of the Contracting Party in whose territory the investment was made, recourse may be had to an international arbitral tribunal only within 30 days from the date of notification of the reply to the claim or if the competent court has not ruled on the merits within 18 months from the date of notification of the claim. However, either Contracting Party may offer more favourable treatment."

Article 2

The Protocol to article 5 (a) shall be replaced by the following:

"Without prejudice to the provisions of article 5, the Republic of Chile shall guarantee the right to repatriate investments made by German nationals or companies once a year has elapsed since they were made."

Article 3

The Protocol to article 5 (b) shall be deleted.

Article 4

The following addendum to article 10 of the Treaty shall be included in the Protocol:

"Ad article 10

Without prejudice to the provisions of article 10 designed to settle disputes between one Contracting Party and a national or company of the other Contracting Party, Chilean nationals or companies that make or have made investments in the territory of the Federal Republic of Germany shall have the right to submit any dispute to an arbitral tribunal under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965. This right may also be exercised if such nationals or com-

panies have previously submitted disputes to the competent courts of the Federal Republic of Germany and, even though a ruling on the merits exists, the national or company considers that the ruling violates the provisions of this Treaty."

Article 5

This Protocol amending and supplementing the Treaty between the Republic of Chile and the Federal Republic of Germany for the promotion and reciprocal protection of investments, and the Protocol thereto, signed at Santiago on 21 October 1991, shall constitute an integral part thereof, and they shall be interpreted and applied as a single instrument.

Done at Bonn on 14 April 1997, in two copies, each in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Chile:

JOSÉ MIGUEL INSULZA

For the Federal Republic of Germany:

KLAUS KINKEL

[TRANSLATION - TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE DU CHILI ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE POUR LA PROMOTION ET LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République du Chili et la République fédérale d'Allemagne,
Animées du désir d'intensifier la collaboration économique entre les deux États,
Entendant créer des conditions favorables aux investissements des ressortissants et des sociétés d'un État sur le territoire de l'autre État, et

Reconnaissant que la promotion de ces investissements et leur protection au moyen d'un traité sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité :

1. Le terme "investissements" comprend toutes classes de biens, notamment :
 - a) La propriété des biens meubles et immeubles ainsi que de tous autres droits réels, tels que hypothèques, nantissements et gages;
 - b) Les actions dans les sociétés et autres formes de participation au capital;
 - c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation ayant une valeur économique;
 - d) Les droits de propriété intellectuelle et notamment les droits d'auteur, les brevets, les marques de fabrique ou de commerce, les secrets de fabrication et de commerce, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;
 - e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection, à l'extraction et à l'exploitation des ressources naturelles.

Une modification du mode de placement des avoirs ne porte pas atteinte à leur qualité d'investissements.

2. Le terme "revenus" ou "bénéfices" désigne les sommes rapportées par un investisseur pendant une période déterminée au titre de bénéfices, de dividendes, d'intérêts, de redevances et autres rémunérations du capital.

3. Le terme "ressortissants" désigne :

- a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

- b) En ce qui concerne la République du Chili :

Les Chiliens au sens de la Constitution du Chili.

4. Le terme "sociétés" désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : toute personne morale, ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non de la personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire allemand, et légalement constituée conformément à ses lois, qu'elle ait ou non un but lucratif;

b) En ce qui concerne la République du Chili : toute personne morale constituée en République du Chili, conformément à la législation de ce pays et ayant son siège sur le territoire chilien, que ses activités aient ou non un but lucratif.

Article 2

1. Chaque Partie contractante favorise les investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire, dans la mesure du possible et accueille lesdits investissements conformément aux dispositions légales en vigueur. Elle leur accorde en tous les cas un traitement honnête et équitable.

2. Les investissements réalisés conformément aux dispositions légales en vigueur d'une Partie contractante et dans le cadre de sa juridiction par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante jouissent d'une protection totale aux termes du présent Traité.

3. Aucune Partie contractante n'entrave de quelque manière que ce soit la gestion, l'utilisation, la jouissance ou l'usage des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire par des mesures arbitraires ou un traitement discriminatoire injustifié.

4. Le présent Traité s'applique également au secteur de la zone économique exclusive et au plateau continental dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer ses droits de souveraineté ou sa juridiction sur lesdites zones.

Article 3

1. Aucune des Parties contractantes ne soumet sur son territoire des investissements appartenant à des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, ou placés sous leur contrôle, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou aux investissements de ressortissants ou de sociétés d'États tiers.

2. Aucune des Parties contractantes ne soumet les ressortissants ou les sociétés de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne leurs activités liées aux investissements sur son territoire, à un traitement moins favorable que celui qui est accordé à ses propres ressortissants ou sociétés ou ressortissants ou sociétés d'États tiers.

3. Le traitement prévu dans le présent Traité ne vise pas les avantages ou privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou sociétés d'un pays tiers en leur qualité de membres ou de membres associés d'une union douanière ou économique, d'une zone de libre échange ou d'un marché commun.

4. Le traitement prévu dans le présent article n'englobe pas les privilèges accordés par une Partie contractante aux ressortissants ou sociétés d'États tiers du fait d'un accord portant sur la prévention de la double imposition et autres accords fiscaux.

Article 4

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante jouissent d'une protection et d'une sécurité totales sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie ne sont ni expropriés ni nationalisés ou soumis à toutes autres mesures dont les effets seraient comparables à l'expropriation ou à la nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. Ces mesures doivent être autorisées par la législation. L'indemnité doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle il aura été annoncé publiquement que la nationalisation ou la mesure équivalente sont effectives ou imminentes. L'indemnité devra être versée sans délai et sera productrice d'intérêt jusqu'à la date du paiement en fonction du type d'intérêts bancaires usuels accumulés. Elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Les décisions nécessaires pour la détermination et le versement de la compensation devront être prêtes au plus tard au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou des autres mesures équivalentes. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou les sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice sur le territoire de l'autre Partie contractante du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants ou sociétés en matière de restitution, de dédommagement, d'indemnité ou autre mode de règlement. Ces paiements sont librement transférables.

4. Les ressortissants ou les sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante du traitement de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les questions traitées dans le présent article.

Article 5

1. Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement et notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;

d) Les produits de l'investissement en cas de liquidation ou transfert de tout ou partie de l'investissement;

e) L'indemnisation prévue à l'article 4.

2. Les transferts réalisés conformément aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4, à l'article 5 et à l'article 6 sont effectués sans délai au taux de change en vigueur.

Article 6

Si une Partie contractante verse un montant quelconque à l'un de ses propres ressortissants ou sociétés, selon une garantie donnée à un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie contractante l'article 9, la cession de tous droits ou créances de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre que la première est subrogée dans lesdits droits et créances et qu'elle est habilitée à les exercer ou à les poursuivre dans la même mesure que son prédécesseur en titre (droits transférés). Ces dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et de l'article 5 sont applicables mutatis mutandis aux transferts des paiements effectués en vertu des droits transférés.

Article 7

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 8

Le présent Traité s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante, conformément à la législation de cette dernière.

Article 9

1. Les différends qui surgiraient entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité doivent, autant que faire se peut, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si le différend ne peut être résolu de cette manière, il est soumis à un tribunal arbitral après un délai raisonnable.

3. Le tribunal arbitral est constitué sur une base ad hoc. Chaque Partie contractante désigne un membre et les deux membres se mettent d'accord pour désigner, en tant que Président, un ressortissant d'un État tiers, qui est nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois et le Président dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus ne sont pas respectés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant d'une des Parties contractantes ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice, qui n'est ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale. Les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut ordonner une répartition différente des frais. A tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également membres de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, lorsque le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenue à un accord avec l'autre Partie contractante, comme prévu à l'article 25 de ladite Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 10

1. Les différends entre une Partie contractante et des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante liés à un investissement, conformément au présent Traité, sont dans toute la mesure possible réglés à l'amiable par les parties au différend.

2. Si un différend au sens du paragraphe 1 ne peut être réglé dans un délai de six mois, courant à compter de la date à laquelle l'une des parties intéressées l'a soulevé, il est à la diligence de l'une des parties, soumis aux tribunaux compétents de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué.

3. À la demande de l'une des parties en cause, le différend est soumis à un tribunal arbitral international :

a) Si, dans un délai de 18 mois à compter du début de l'instance prévue au paragraphe 2 du présent article, la question n'a pas été tranchée; ou

b) Si, même dans le cas où une telle décision a été prise, une des parties au différend estime qu'elle est en contradiction avec les dispositions du présent Traité, auquel cas les procédures arbitrales commencent dans un délai d'un an courant à partir de la notification écrite du jugement.

4. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 n'affectent pas le droit des parties à soumettre, après accord mutuel, leur cas à un tribunal arbitral international.

5. Dans les cas prévus aux paragraphes 3 et 4 du présent article, le différend entre les parties concernées est soumis, à moins qu'elles n'en aient convenu autrement, à une procédure arbitrale aux termes de la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, du 18 mars 1965.

6. Le tribunal arbitral prononce ses décisions sur la base du présent Traité et, le cas échéant, d'autres traités entre les Parties, de la législation nationale de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué, y compris les dispositions du droit privé international et les principes généraux du droit international.

7. La sentence arbitrale est contraignante et chaque Partie l'exécute, conformément à sa législation nationale.

Article 11

Le présent Traité s'applique, que des relations diplomatiques ou consulaires existent ou non entre les Parties contractantes.

Article 12

1. Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

2. Le présent Traité entre en vigueur un mois après la date à laquelle a eu lieu l'échange des instruments de ratification et il le demeure pendant 10 ans pour être renouvelé ensuite pour une période indéfinie, sauf si une des Parties contractantes le dénonce par écrit 12 mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le présent Traité peut être dénoncé à tout moment avec un préavis de 12 mois.

3. En ce qui concerne les investissements effectués avant l'expiration du présent Traité, les dispositions des articles 1 à 11 demeurent en vigueur pendant 20 ans à compter de la date à laquelle la validité du Traité cesse.

Fait à Santiago le 21 octobre 1991, en deux exemplaires, chacun en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Chili :

ENRIQUE SILVA CIMMA

CARLOS OMINAMI PASCUAL

Pour la République fédérale d'Allemagne :

WIEGAND PABSCH

PROTOCOLE

Lors de la signature du Traité entre la République du Chili et la République fédérale d'Allemagne pour la promotion et la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés ont adopté en outre les dispositions supplémentaires ci-après, qui sont considérées comme partie intégrante du Traité.

1. S'agissant de l'article premier

a) Le présent Traité ne s'applique pas aux investissements effectués en République du Chili par des particuliers qui sont ressortissants de l'autre Partie contractante si les intéressés, à la date de l'investissement initial, résidaient de façon permanente en République du Chili depuis plus de cinq ans, sauf s'il peut être prouvé que les investissements viennent de l'étranger;

b) Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement initial;

c) Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de la nationalité, est considéré comme ressortissant d'une Partie contractante tout détenteur d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante en question. Le présent Traité ne s'applique pas aux investisseurs qui sont ressortissants des deux Parties contractantes;

d) Les créances mentionnées à l'alinéa c) du paragraphe 1 portent également sur les créances provenant de prêts liés à un investissement qui, du fait de leur objet et de leur montant, ont la nature d'un investissement (prêts participatifs). Toutefois, elles ne concernent pas les prêts accordés par des tierces parties, tels que prêts bancaires aux taux du marché;

e) Les créances sur les bénéfices mentionnées à l'alinéa c) du paragraphe 1 portent également sur l'approvisionnement en produits tirés d'un projet d'investissement et obtenus dans le cadre de contrats de service, notamment pour ce qui est du secteur des matières premières.

2. S'agissant de l'article 3

a) Par "activités" au sens du paragraphe 2, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par "traitement moins favorable", au sens de l'article 3, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et des matières auxiliaires, d'énergie et de combustible, ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et toutes mesures ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité, ne sont pas considérées comme "traitement moins favorable" au sens de l'article 3;

b) Aux termes des dispositions de l'article 3, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose. Seules les personnes physiques et les sociétés domiciliées sur son territoire peuvent en bénéficier;

c) Chaque Partie contractante examine avec bienveillance, conformément à sa législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie con-

tractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont également examinées avec bienveillance.

3. S'agissant de l'article 4

Les droits à l'indemnisation sont reconnus même en cas d'intervention de la puissance publique dans la société qui est l'objet de l'investissement et lorsque cette intervention cause un préjudice économique considérable pour la substance économique de cette société.

4. S'agissant de l'article 5

a) Sans préjuger des dispositions de l'article 5, la République du Chili garantit le droit de rapatrier les investissements faits par des investisseurs allemands trois ans après la date de l'investissement;

b) Tant que reste en vigueur le programme de conversion de la dette extérieure chilienne, la République du Chili garantit également le droit de rapatrier des investissements faits par des investisseurs allemands dans le cadre de ce programme dix ans après que lesdits investissements ont été effectués et, après un délai de quatre ans, de transférer les revenus pour les années suivantes. Les revenus pour les quatre premières années sont transférés à partir de la cinquième année par versements annuels de 25 pour cent. Les dispositions qui précèdent s'appliquent sans préjuger de la possibilité de réduction de ces périodes, conformément au règlement fixé par la Banque centrale du Chili;

c) On considère qu'un transfert est effectué "sans délai", au sens du paragraphe 2 de l'article 5, lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder une durée de deux mois, commence à courir au moment de la remise de la demande correspondante;

d) Le taux de change, au sens du paragraphe 2, ne diffère pas sensiblement de la valeur marchande résultant de la conversion du dollar des Etats-Unis dans la monnaie de la Partie contractante, sur le territoire de laquelle l'investissement a été fait, et la devise librement convertible souhaitée par l'investisseur sur les marchés officiels des deux pays pour les transactions courantes.

5. S'agissant de l'article 8

Le présent Traité ne s'applique en aucun cas aux différends concernant des événements survenus avant son entrée en vigueur.

6. En ce qui concerne les transports internationaux de marchandises ou de personnes liées à un investissement, chaque Partie contractante n'interdit ou n'entrave en aucune façon les sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, le cas échéant, délivre des permis de transport.

Le paragraphe précédent porte sur les transports énumérés ci-après :

a) les marchandises destinées directement à un investissement au sens du présent Traité ou achetées sur le territoire d'une des Parties contractantes ou d'un État tiers par une société, ou sur l'ordre d'une société, dans laquelle un investissement a été effectué dans le cadre du présent Traité;

b) les personnes qui effectuent des voyages ayant trait à la réalisation d'investissements.

Fait à Santiago le 21 octobre 1991, en deux exemplaires, chacun en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Chili :

ENRIQUE SILVA CIMMA

CARLOS OMINAMI PASCUAL

Pour la République fédérale d'Allemagne :

WIEGAND PABSCH

PROTOCOLE MODIFIANT ET COMPLÉTANT LE TRAITÉ ET LE PROTOCOLE CONCLU ENTRE LA RÉPUBLIQUE DU CHILI ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE POUR LA PROMOTION ET LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS, SIGNÉ A SANTIAGO LE 21 OCTOBRE 1991

La République du Chili et la République fédérale d'Allemagne,

Conscientes du fait que le Traité entre la République du Chili et la République fédérale d'Allemagne pour la promotion et la protection réciproque des investissements et le Protocole y afférent, signés à Santiago le 21 octobre 1991, ont besoin d'être modifiés et complétés, sont convenues de ce qui suit :

Article Premier

Le paragraphe 3 de l'article 10 du Traité est remplacé par le texte suivant :

"Si le différend a été soumis au tribunal compétent de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué, un recours ne peut être déposé auprès d'un tribunal arbitral international que dans un délai de 30 jours courant à partir de la date de notification de la réponse à la réclamation, ou si le tribunal compétent n'a pas rendu de sentence sur l'affaire, dans un délai de 18 mois à compter de la date de notification de la réclamation. Toutefois, chaque Partie contractante peut proposer un traitement plus favorable."

Article 2

L'alinéa a) de l'article 5 du Protocole est remplacé par le texte suivant :

"Sans préjuger des dispositions de l'article 5, la République du Chili garantit le droit au rapatriement des investissements faits par des ressortissants ou des sociétés allemands lorsqu'une année s'est écoulée depuis le moment de leur réalisation."

Article 3

L'alinéa b) de l'article 5 du Protocole est supprimé.

Article 4

L'additif suivant à l'article 10 du Traité est inclus dans le Protocole :

"S'agissant de l'article 10

Sans préjuger des dispositions de l'article 10 visant à régler les différends entre une Partie contractante et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante, les personnes physiques ou les sociétés chiliennes qui font ou ont fait des investissements sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne ont le droit de soumettre un différend quelconque à un tribunal arbitral, au titre de la Convention pour le règlement des différends

relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, du 18 mars 1965. Le droit en question peut également être exercé si les ressortissants ou les sociétés concernés ont déjà soumis des différends aux tribunaux compétents de la République fédérale d'Allemagne, et même si une décision sur l'affaire a été prise, qui, de l'avis du ressortissant ou de la société, viole les dispositions du présent Traité."

Article 5

Le présent Protocole modifiant et complétant le Traité entre la République du Chili et la République fédérale d'Allemagne pour la promotion et à la protection réciproque des investissements, et le Protocole y afférent, signés à Santiago le 21 octobre 1991, forme partie intégrante de celui-ci et doit être interprété et appliqué comme un instrument unique.

Fait à Bonn le 14 avril 1997, en deux exemplaires, chacun en langues espagnole et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Chili :

JOSÉ MIGUEL INSULZA

Pour la République fédérale d'Allemagne :

KLAUS KINKEL

